

## SVP überrascht mit Nein-Parole zur Fusion

Baden-Turgi: Die Stadtpartei macht eine Kehrtwende und will einen Zusammenschluss verhindern – wie schon vor elf Jahren mit Neuenhof.

Pirmin Kramer

Am 13. Juni wird in Baden und Turgi an der Urne abgestimmt, ob ein Fusionsvertrag ausgearbeitet werden soll. Es wäre ein weiterer Schritt in Richtung Zusammenschluss, der allerdings erst mit einem zweiten Ja im Jahr 2023 besiegelt würde. Doch schon jetzt gibt es Widerstand gegen das Projekt. Die SVP Baden erklärt auf Anfrage: «Wir lehnen die Fusion von Baden und Turgi ab. Insbesondere, weil wir keine Vorteile für die Badener Bevölkerung sehen.» Und weiter: «Dass sich Turgi eventuell selbst aufgeben will, bedrückt uns sehr. Wir lehnen Megagemeinden aus föderalistischer und demokratischer Sicht ab. Die Probleme bei der Umsetzung des Verkehrsprojekts Oase hat gezeigt, dass es besser wäre, wenn Baden mit den umliegenden Gemeinden sprechen würde, anstatt sie zu fressen.»

Das Nein der SVP kommt überraschend. Denn im Herbst sprach sich die Fraktion noch für ein Ja aus, als im Stadtparlament der Projektierungskredit für die Prüfung einer Fusion zur Debatte stand. Das Parlament nahm den Kredit klar an, mit 44 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Zwar zählt die SVP in Baden nicht zu den wählerstärksten Parteien: Im Parlament ist sie mit ihren sechs Sitzen nur die fünftstärkste Fraktion, im Stadtrat ist sie nicht vertreten. Doch schon vor elf Jahren stemmte sich die SVP alleine gegen die Fusion mit Neuenhof – und hatte Erfolg: Für alle unerwartet lehnte Baden den Zusammenschluss knapp ab.

### Team Baden: Ein Ja mit kritischem Unterton

Damals wie heute wird der 13. Juni der Schicksalstag. Das soll aber die einzige Parallele sein, wenn es nach den restlichen grösseren Parteien in Baden geht: Sie empfehlen ein Ja – und gehen dafür nun in die Offensive. Das linksliberale Team Baden (zwei Stadtrats- und acht Einwohnerratssitze) lanciert eine Pla-



Könnte ab 2024 zur Stadt Baden gehören: Blick auf das Bahnhofareal in Turgi.

Bild: Sandra Ardizzone

### «Wir lehnen die Fusion mit Turgi ab. Insbesondere, weil wir keine Vorteile für die Badener Bevölkerung sehen.»

SVP der Stadt Baden  
Stellungnahme zum Fusionsprojekt

katkampagne: Dabei stellt es die Fusion mit Turgi in eine Reihe mit den bereits erfolgten Zusammenschlüssen mit Dättwil und Rütihof – und ergänzt die Reihe mit der ihrer Meinung nach wünschenswerten Fusionen mit Ennetbaden und Wettingen.

Interessant: Die Ja-Parole des Teams zur Fusion mit Turgi fällt nicht ohne kritische Untertöne aus. «Aus Badener Sicht ist Turgi nicht diejenige Gemeinde, mit der sich eine Fusion als erstes aufdrängt. Die gemeinsame Grenze zu Turgi ist klein und die räumliche und gesellschaftliche Verflechtung nicht so intensiv wie mit anderen Nachbargemeinden.» Das Team ist deshalb «de-

ziert der Meinung», dass die Fusion mit Turgi nur dann Sinn macht, wenn man gleichzeitig die Vision einer grösseren Gemeindefusion weiterverfolgt. «Wir glauben fest daran, dass das Potenzial der Region Baden noch lange nicht ausgeschöpft ist. Was uns fehlt, sind gemeinsame Ziele – und diese können wir nur formulieren und erreichen, wenn wir die politischen Strukturen zusammenführen.» Turgi könne da der Anfang sein. Obersiggenthal, Wettingen, Ennetbaden und Neuenhof sollen folgen.

Für Gesprächsstoff sorgt derzeit der offizielle Slogan des Fusionsprojekts, der heisst: «Natürlich verbunden». Die

ehemalige Stadtammannkandidatin Stella Palino kritisierte, aus geografischer Sicht wäre eine Fusion mit Wettingen oder Ennetbaden viel logischer. Beim Projekt mit Turgi gehe es vor allem um Prestige, die grösste Stadt im Kanton zu sein.

### CVP: «Die ganze Region könnte von Fusion profitieren»

CVP-Präsident Simon Binder widerspricht: «Turgi grenzt an den Badener Kappelerhof und ist als Nachbargemeinde darum ein natürlicher Partner. Zudem ist die Bevölkerung von Turgi sehr Baden-orientiert.» Es gehe nicht darum, dass Baden dann grösser als Aarau wäre. «Aber mehr Einfluss ist sicher ein wichtiger Punkt. Die ganze Region, und nicht nur die Stadt, könnte von der Fusion profitieren: Ein grösseres Baden erhält mehr Gewicht im Kanton und über die Kantonsgrenze hinaus.» Der SBB würde es nie in den Sinn kommen, den Halt in Winterthur auszulassen, in Baden sei das hingegen passiert. «Wären wir eine grössere Stadt, gäbe uns dies mehr Einfluss. Ein Ja am 13. Juni ist darum enorm wichtig für Baden und alle Nachbargemeinden, denn es eröffnet neue Perspektiven für die ganze Region.» Die CVP (2 Stadtrats-, 7 Einwohnerratssitze) wird sich mit einer Standaktion für ein Ja einsetzen.

Selena Rhinisperger von der SP (2/9) sagt: «Turgi und Baden sind zumindest nicht unnatürlich miteinander verbunden. Die gemeinsame Grenze mit Turgi ist zwar klein, aber die Verbindung ist da.» Wichtig wäre, dass es mittelfristig eine durchgehende Fussgängerverbindung vom Kappelerhof nach Turgi entlang der Limmat geben würde. Insgesamt sei die Situation ähnlich wie bei Dättwil, das ebenfalls an der Peripherie liege, «von dem heute niemand mehr sagen würde, es gehört nicht natürlicherweise zu Baden». Noch keine Parole herausgegeben hat die Badener FDP (1 Stadtrat, 11 Einwohnerräte).

## Lager für Atommüll: Wie geht es mit der Standortsuche weiter?

Mit der zu Ende gehenden Legislaturperiode wird sich auch die Regionalkonferenz Jura Ost wieder verändern – wie schon vor vier Jahren.

Dass der Regierungsrat grundsätzlich kein Atommülltieflager im Aargau will, hat die Behörde vor wenigen Tagen bekräftigt und dargelegt, auf welche Zielkonflikte vor einem Standortentscheid besonderes Augenmerk gelegt werden sollte (die AZ berichtete). Das freute die Bürgerorganisation Kaib (Kein Atommüll im Bözberg). Sie rief die Gemeinden zum Widerstand gegen das Atommülltieflager auf.

Diese Woche hat sich die Regionalkonferenz Jura Ost zu Wort gemeldet und über den Zwischenstand im Sachplanverfahren informiert. «Seit Anfang 2019 befinden wir uns in der dritten und letzten Etappe, die rund zehn Jahre dauert», heisst es in der Mitteilung. Von den ursprünglich sechs Standortregionen werden noch die Regionen Jura Ost (Bözberg), Nördlich Lägern und Zürich Nordost vertieft auf die Eignung als Standort für ein Tiefenlager untersucht. Zu diesen Untersuchungen gehören Sondierbohrungen, wie sie im vergangenen Jahr an zwei Standorten in der Gemeinde Bözberg stattfanden.

Die Region sei aufgefordert, sich zu den Standorten und zur Ausgestaltung möglicher Oberflächeninfrastrukturen



Der Atommüll kommt derzeit ins Zwischenlager nach Würenlingen. Bild: Archiv AZ

(beispielsweise Lüftungsschächte) zu äussern, heisst es im Schreiben weiter. Entsprechende Diskussionsvorschläge unterbreitete die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) im Mai 2019.

Die Beurteilung der Vorschläge anhand eines speziell entwickelten Be-

wertungsinstruments wurde im vergangenen Jahr abgeschlossen und bildet die Grundlage für eine umfangreiche Stellungnahme. In diese ist inzwischen auch das Ergebnis der überregionalen Diskussion über eine mögliche externe Brennelemente-Verpackungsanlage (Beva) aufgenommen worden, die im

Dezember 2020 abgeschlossen wurde. Im Zentrum dieser Diskussion stand die Frage, ob die Verpackungsanlage für hoch radioaktive Abfälle (HAA) innerhalb oder ausserhalb der HAA-Standortregion realisiert werden soll.

### Die Vollversammlung soll am 27. Mai einen Beschluss fassen

Die erwähnte Stellungnahme zu den von der Nagra vorgeschlagenen Oberflächeninfrastrukturen (OFI) wird der Vollversammlung der Regionalkonferenz Jura Ost am 27. Mai zum Beschluss vorgelegt und anschliessend dem Bundesamt für Energie (BFE) übergeben. Im vierten Quartal dieses Jahres wird zwischen der Regionalkonferenz und dem BFE ein neuer Jahresvertrag mit den Meilensteinen und dem Budget 2022 abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit den kommunalen Gesamterneuerungswahlen in diesem Jahr werden der Regionalkonferenz Jura Ost ab Januar 2022 zahlreiche neue Mitglieder angehören. Einige langjährige Gemeindevertreter werden aus der Regionalkonferenz ausscheiden. Das Einarbeiten in die komplexe Materie ist aufwendig. Vor vier

Jahren gab das BFE vor, dass künftig 60 statt wie bisher 41 Gemeinderäte in der 92-köpfigen Partizipationsplattform vertreten sein sollen. Wurde dieses Ziel erreicht? In der dritten Etappe verfügt die Regionalkonferenz über 118 Sitze. Von den 63 Behördensitzen (inklusive sieben für den Landkreis Waldshut) sind 6 nicht besetzt. Es fehlen Gemeindevertreter von Baden, Birmenstorf, Full-Reuenthal, Mülligen, Holderbank und Schwaderloch. Bei den Interessenvertretern sind 11 der 55 Plätze nicht besetzt (Vakanzen bestehen bei Jugend, Landwirtschaft und Bevölkerung). (cm)

ANZEIGE

**Gartenmöbel in 23 Farben**

*Le coq*  
Wettingen  
ausgerüstet

- Polsteratelier
- Vorhänge
- Gartenmöbel

Tel. 056 427 22 88  
www.lecoq.ch